



Foto © ABBAS MOMANIAFP via Getty Images

Englischer Originaltext unter [2022/04/israel-opt-palestinian-administrative-detainees-complete-100-days-of-boycotting-israeli-courts](https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/israel-opt-palestinian-administrative-detainees-complete-100-days-of-boycotting-israeli-courts)

NEWS

11. April 2022

ISRAEL UND DIE BESETZTEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETE: Palästinensische Administrativhäftlinge erreichen ihr Ziel eines 100-Tage-Boykotts israelischer Gerichtshöfe

Wie Amnesty International heute erklärte, unterstreicht der 100-Tage-Boykott israelischer Militärgerichtshöfe durch palästinensische Administrativgefangene, die ohne Anklage oder gerichtliches Verfahren in Haft sind, die Notwendigkeit, diese grausame und unrechtmäßige Praxis, die zum Erhalt des israelischen Systems der Apartheid gegen Palästinenser*innen beiträgt, zu beenden.

Am 1. Januar 2022 schlossen sich fast alle der 490 palästinensischen Administrativhäftlinge, die derzeit von Israel festgehalten werden, zu einem gemeinsamen Boykott zusammen und weigerten sich, an Verhandlungen vor Militärgerichtshöfen teilzunehmen, denen es an ordentlichen Abläufen und Rechtsstaatlichkeit fehlt und die lediglich dazu benutzt werden, so genannte Administrativ- oder Verwaltungshaftanordnungen ohne weitere Prüfung abzusegnen. Dieser Akt der Verweigerung des Gehorsams verdeutlicht die seit Langem bestehende Komplizenschaft von Militärgerichtshöfen bei der Erteilung von Administrativhaft gegen Palästinenser*innen. Hierbei werden einzelne Personen über Monate ohne Anklage oder gerichtliches Verfahren inhaftiert, oft dank einer Laune von Militärbediensteten oder des Verteidigungsministers und allein aufgrund geheimer, von der Israelischen Sicherheitsagentur (ISA), dem israelischen Inlandsgeheimdienst, bereitgestellter Informationen.

*„Palästinensische Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen, Akademiker*innen und andere leiden unter dieser grausamen Praxis und protestieren seit Jahrzehnten dagegen, auch durch Hungerstreiks. Dieser Boykott ist der erneuerte gemeinsame Ausruf eines Genug-ist-Genug“,* sagte Saleh Higazi, stellvertretender Leiter der Abteilung Nahost und Nordafrika bei Amnesty International.

*„Dieser mutige Boykott wirft ein Schlaglicht auf Israels menschenunwürdige Behandlung und Bestrafung von Palästinenser*innen. Die internationale Gemeinschaft, besonders Staaten mit engen Verbindungen zu Israel, müssen jetzt konkrete Maßnahmen ergreifen und Israel dahingehend unter Druck setzen, dass es - im Sinne eines ersten Schrittes in Richtung des Abbaus der Apartheid - den systematischen Einsatz von willkürlichen Inhaftierungen beendet.“*

Nach Angaben der palästinensischen Menschenrechtsgruppe [Addameer](#) haben israelische Behörden in den Jahren zwischen 2017 und 2021 gegen Palästinenser*innen aus den gesamten besetzten palästinensischen Gebieten insgesamt 5.728 Verwaltungshaftanordnungen ausgegeben. Im Jahr 2021 hat es eine regelrechte Welle von 1.695 Administrativhaftbefehlen gegeben, die von den israelischen Behörden im Verlauf mehrerer Wochen der Gewalt im Mai und Juni zu einer Kampagne der Massenverhaftungen gebündelt worden waren.

Seit Jahrzehnten nutzt Israel solche Administrativhaftanordnungen ganz bewusst dazu, einzelne Personen, darunter auch politische Gefangene aus Gewissensgründen, allein für die Inanspruchnahme ihrer Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlung und Koalitionsfreiheit zu inhaftieren und sie für ihre Ansichten und ihre Aktivitäten zu bestrafen.

Der französisch-palästinensische Rechtsanwalt [Salah Hammouri](#), befindet sich seit dem 7. März 2022 in Administrativhaft. Seit Jahren ist er immer wieder von israelischen Behörden schikaniert und mehrfach für verschieden lange Zeiträume in Administrativhaft festgehalten worden. Derzeit wird auch noch versucht, ihm seinen Status als Einwohner von Ostjerusalem gerichtlich zu entziehen.

In den letzten Jahren haben Israels Behörden die Anwendung von Administrativhaft immer weiter verstärkt, wobei regelmäßig etwa rund 500 Palästinenser*innen, darunter auch Kinder, in Haft gehalten werden. Am 28. Mai 2022, einen Tag, nachdem zwei israelische Polizeibeamte von zwei bewaffneten palästinensischen Bürgern Israels unter Beschuss genommen und getötet worden waren, [wies](#) der israelische Premierminister Naftali Bennett die Sicherheitskräfte an, jeden in Administrativhaft zu nehmen, der in Verdacht stehe, an dieser Attacke beteiligt gewesen zu sein.

An dem 100-Tage-Boykott war auch der jetzt 18-jährige Amal Nakleh beteiligt, der seit dem 21. Januar 2021 in Administrativhaft festgehalten wird. Er leidet an einer seltenen neuromuskulären Störung, die zu einer Schwächung der Skelettmuskeln führt; zum Zeitpunkt seiner ursprünglichen Verhaftung war er erst siebzehn Jahre alt. Seitdem musste er mitansehen, wie seine Verwaltungshaft drei Mal erneuert wurde, zuletzt am 18. Januar 2022, als ein Militärgerichtshof beschloss, seine Haftzeit um weitere vier Monate zu verlängern.

„Nachdem er fast ein Jahr ohne Anklage in Administrativhaft verbracht hat, ist Amal Nakleh gerade achtzehn Jahre alt geworden. Für seine Familie ist die ständige Sorge um die schlimmer werdende Gesundheit ihres Kindes allein schon Folter genug, auch ohne die zusätzliche Grausamkeit, die sich aus der ungeklärten Lage einer Gefangenschaft in Administrativhaft ergibt. Amal Nakleh muss sofort freigelassen werden“, so Saleh Higazi.

Islam al-Taweel, Bürgermeisterkandidat für al-Bireh, einer Stadt im Westjordanland, wurde am 21. März 2022 nach einer Durchsuchung seines Hauses am frühen Morgen um 1:30 Uhr von israelischen Truppen festgenommen. Am 27. März erhielt er eine Verwaltungshaftanordnung über vier Monate. Seine Festnahme ereignete sich fünf Tage vor den Kommunalwahlen, bei denen seine Wahlliste eine Mehrheit der Sitze im Stadtrat von al-Bireh für sich gewann.

Die weitgreifende und systematische Anwendung von willkürlichen Festnahmen, Administrativhaft und Folter durch die israelischen Behörden gegenüber Palästinenser*innen bilden einen Teil der Politik der Herrschaft und Kontrolle des Staates über die palästinensische Bevölkerung. Diese Aktionen laufen auf die Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid, der Inhaftierung und der Folter hinaus.

HINTERGRUND

Seit der Zeit der Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens im Jahr 1967 werden Administrativhaftanordnungen von den israelischen Behörden regelmäßig genutzt.

Israelische Militärkommandanten können Verwaltungshaftbefehle von bis zu sechs Monaten erteilen, um Palästinenser*innen festzusetzen, wenn „*vernünftige Gründe*“ dafür vorliegen, dass eine Person ein Risiko für „*die Sicherheit des Gebietes*“ oder für die „*öffentliche Sicherheit*“ darstellt.

Der jeweilige Militärbefehlshaber kann die Administrativhaftanordnung unendlich oft verlängern, wobei die Häftlinge allerdings innerhalb von acht Tagen nach der Ausgabe oder Erneuerung eines solchen Haftbefehls einem Militärrichter vorgestellt – oder entlassen - werden müssen.

Zwar steht Administrativhäftlingen grundsätzlich das Recht zu, gegen jede Administrativhaftanordnung Rechtsmittel einzulegen und sie haben auch Anspruch auf einen Rechtsbeistand ihrer Wahl, in der Realität werden jedoch weder der Häftling noch sein Rechtsbeistand über die Einzelheiten der vorliegenden Beweise informiert. Der Militärrichter ist befugt, die Haftanordnung beizubehalten, die Haftzeit zu verkürzen oder den Haftbefehl aufzuheben. Bleibt eine Administrativhaftanordnung bestehen, können palästinensische Häftlinge die Entscheidung des Militärrichters noch anfechten, indem sie sich mit einer Petition an den Obersten Israelischen Gerichtshof wenden.

Der Oberste Israelische Gerichtshof erkennt die Bedeutung von Rechtsmittelverfahren grundsätzlich an und hat erklärt, dass Administrativhaftanordnungen nur als vorbeugende Maßnahme gegen Personen eingesetzt werden sollten, die eine Gefahr für die Sicherheit in einer Weise darstellen, die durch kein anderes Mittel behoben werden kann.

Der Hof hat indes bis heute noch keine klaren Regeln für die Verlängerung von Administrativhaftanordnungen geschaffen, stellt die Informationen, die diesen Haftbefehlen zugrundeliegend nur selten infrage und lässt die von Militärrichtern getroffenen Entscheidungen generell ohne weitere Prüfung durchgehen.